



SFB/Transregio 266

## ACCOUNTING FOR TRANSPARENCY

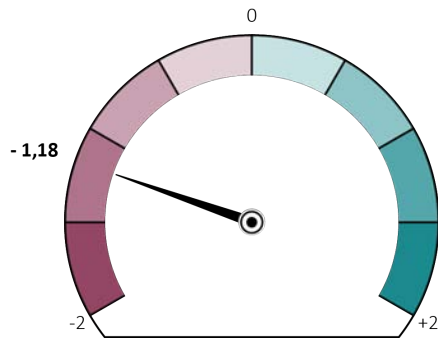
German Business Panel

# Betriebswirtschaftliche Einschätzungen und Erwartungen von Unternehmen in Deutschland

## GBP-Monitor: Unternehmenstrends im Dezember 2021

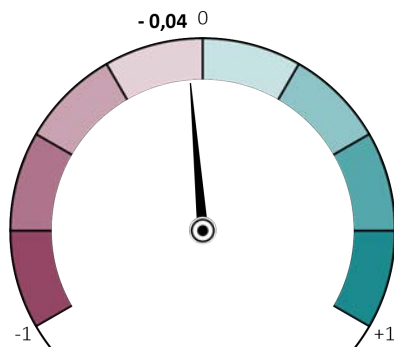
Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“

## Die Ergebnisse der GBP-Unternehmenstrends für Dezember auf einen Blick



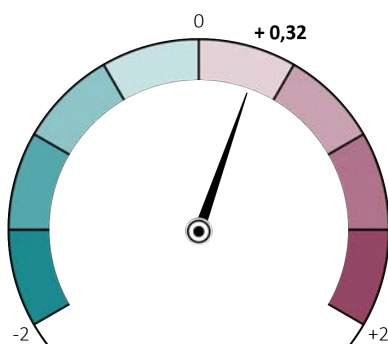
Entwicklung der Gewinnveränderung

Der Wachstumstrend der Vormonate scheint aufgehoben: Von Oktober auf November sinkt die Gewinnveränderung um **-1,18 Prozentpunkte**. Im Vergleich zu den Vorjahreszahlen liegt sie damit nur noch knapp im positiven Bereich.



Wirtschaftspolitik aus Unternehmenssicht

Während die wirtschaftspolitischen Vorhaben der neuen Bundesregierung im November noch Teil der Koalitionsverhandlungen waren, verbleibt die Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik beinahe unverändert auf niedrigem Level: Die Veränderung zum Oktober beträgt **-0,04 Punkte**.



Risiko von Unternehmensschließung

Bei sich verschärfendem Pandemiegesehen nehmen die finanziellen Belastungen für Unternehmen und die Unsicherheit am Markt zu: Die erwartete Ausfallwahrscheinlichkeit steigt im November zum zweiten Mal in Folge um **+0,32 Prozentpunkte**.

## TEIL I

# Aktuelle Daten zur betriebswirtschaftlichen Situation von Unternehmen in Deutschland

Jeden Monat berichten wir in diesem Abschnitt über die aktuellen Daten des GBP zu Unternehmen in Deutschland. Die Darstellung der unternehmerischen Lage umfasst vier feste thematische Schwerpunkte. Sie dienen als zentrale Indikatoren, deren Entwicklung im Zeitverlauf verfolgt und verglichen werden kann:

1. Erwartete Umsatz-, Gewinn- und Investitionsveränderungen
2. Unternehmerische Entscheidungen
3. Erwartete Ausfallwahrscheinlichkeit in der Branche
4. Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik



Die Ergebnisse in Teil I dieses Berichts basieren auf der GBP-Unternehmensstudie aus dem Zeitraum vom 1. Juli bis 30. November 2021. In diesem Zeitraum wurden mehr als 4.700 vollständig abgeschlossene Interviews geführt und ausgewertet. Die befragten Unternehmen decken mehr als 80 Branchen (Zweistellerebene der WZ2008) ab. Die monatlichen Daten sind anhand der Gesamtheit aller in Deutschland tätigen Unternehmen hinsichtlich Industriezugehörigkeit und Mitarbeiteranzahl gewichtet, sodass sie der Verteilung der Unternehmen aus dem Unternehmensregister des Statistischen Bundesamts entsprechen.

Schwerpunkt 1

## Erwartete Umsatz-, Gewinn- und Investitionsveränderungen

### Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

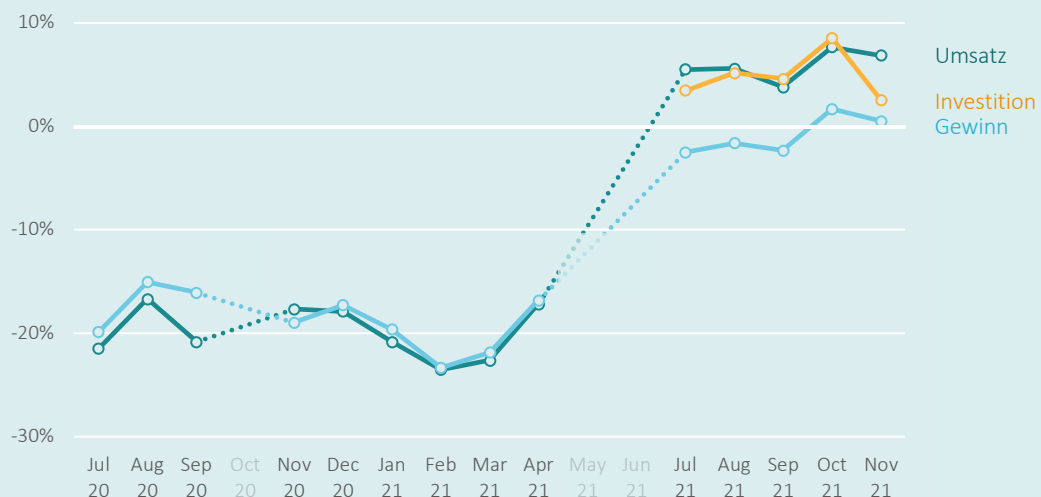
Obwohl sich die betriebswirtschaftliche Situation im Vergleich zum Frühjahr 2021 – und insbesondere gegenüber dem Tiefstand im Februar – im Mittel zuletzt deutlich verbessert hat, scheint dieser positive Trend zunächst aufgehalten: Im Vergleich zum Vormonat ist im November ein Rückgang aller Indikatoren (Umsätze, Gewinne und Investitionen) zu verzeichnen. Relativ zu den schwachen Vorjahreszahlen liegen Umsätze, Gewinne und Investitionen im November 2021 im Durchschnitt allerdings immer noch auf Wachstumskurs. Erneut ist zu beobachten, dass die wirtschaftliche Situation der Unternehmen stark vom aktuellen Pandemiegeschehen geprägt ist, das sich im November deutlich verschärft hat.

Besonders auffällig ist dabei der Rückgang der unternehmerischen Investitionen. Während diese im Oktober 2021 relativ zum Vorjahresmonat durchschnittlich noch um +8,54 % stiegen, liegt die Änderungsrate der Investitionen im November lediglich bei +2,55 %. Die hohe Unsicherheit im Zuge eines sich verschärfenden Pandemiegeschehens und anhaltende Lieferengpässe scheinen nun also eine Abkühlung des Wachstumstrends einzuleiten.

Tabelle I-1: Die Änderungsrate der Umsätze, Gewinne und Investitionen sinkt im November

In % im Vergleich zum Vorjahresmonat	Umsatz- veränderung	Gewinn- veränderung	Investitions- veränderung
November 2021	+6,88	+0,51	+2,55
Oktober 2021	+7,66	+1,69	+8,54
September 2021	+3,81	-2,31	+4,60

Abbildung I-1: Besonders drastisch fällt der Rückgang der Investitionsänderungsrate aus



## Schwerpunkt 2

**Unternehmerische Entscheidungen**

## Managementindikator

Die im November erfasste Abschwächung der Wachstumsentwicklung spiegelt sich merklich in den unternehmerischen Entscheidungen wider: Im Vergleich zum Vormonat steigt der Anteil an Unternehmen, der Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie Fixkosten reduzieren will, anstatt diese zu erhöhen.

Gleichzeitig bleibt die Tendenz zu Preiserhöhungen unter deutschen Unternehmen weiterhin sehr hoch: Während lediglich 4,7 % der im November befragten Unternehmen angeben, ihre Preise innerhalb der kommenden 12 Monate senken zu wollen, planen 63,3 % der Unternehmen mit Preiserhöhungen. Bei konstanten oder sogar sinkenden Kosten können diese Preiserhöhungen erklären, warum Unternehmen auch unter schwierigen Marktbedingungen zuletzt im Mittel wieder steigende Gewinne verzeichneten.

**Tabelle I-2a: Die Neigung zu Preiserhöhungen bleibt im November weiterhin sehr hoch**

Entscheidungsplanung (Saldo Erhöhung und Reduzierung)	September 2021	Oktober 2021	November 2021
Forschung und Entwicklung	+19,6	+19,2	+15,5
Fixkosten	+16,3	+18,9	+17,3
Ausschüttungen und Entnahmen	-15,2	-15,1	-9,0
Preise	+53,8	+60,6	+58,6

Ermittlung des Scores: Aus der Anzahl der Unternehmen, welche die betreffende Position erhöhen oder senken wollen (siehe unten), wird der Saldo berechnet. Angaben, die keine Veränderung anzeigen, bleiben hierbei unberücksichtigt.

**Tabelle I-2b: Belegung der Antwortkategorien im November 2021**

Anteil (in %)	Senkung	Keine Änderung	Erhöhung
Forschung und Entwicklung	7,5	69,4	23,0
Fixkosten	19,0	44,8	36,3
Ausschüttungen und Entnahmen	25,1	58,8	16,1
Preise	4,7	32,1	63,3

Schwerpunkt 3

## Erwartete Ausfallwahrscheinlichkeit in der Branche

### Indikator für Unternehmenskrisen

Parallel zu einer sich abkühlenden Wachstumsdynamik steigt im November auch der Anteil an Unternehmen, die nach Einschätzung von Wettbewerbern aus derselben Branche innerhalb des kommenden Jahres aus der Geschäftstätigkeit ausscheiden. Im November wächst die erwartete Ausfallwahrscheinlichkeit – wenn auch leicht – zum zweiten Mal in Folge auf 13,0 %. Es liegt nahe, dass steigende finanzielle Belastungen durch verschärfte Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie, die in Teil II dieses Berichts im Detail beleuchtet werden, ursächlich für diesen Anstieg sind.

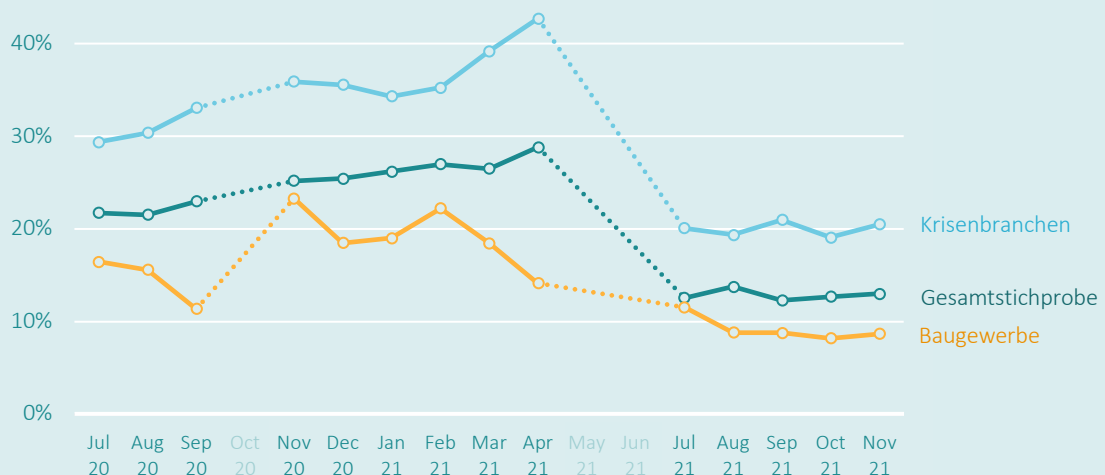
In einzelnen Branchen bleibt die Lage unverändert kritisch: Während etwa die Unternehmen des Baugewerbes durchschnittlich von einer Ausfallrate von nur 8,7 % ausgehen, liegt die Ausfallwahrscheinlichkeit derjenigen Unternehmen, die von Ladenschließungen im Zuge des Teil-Lockdowns im November und Dezember 2020 betroffen waren, bei 20,5 %. Für diese Krisenbranchen hat sich die wirtschaftliche Situation gegenüber dem Oktober wieder verschlechtert.

Tabelle I-3: Der Indikator für Unternehmenskrisen steigt zum zweiten Mal in Folge leicht

Ausfallwahrscheinlichkeit	Gesamtstichprobe / alle Branchen	Handel	Verarbeitendes Gewerbe	Krisenbranchen*	Baugewerbe
November 2021	13,0 %	14,4 %	14,1 %	20,5 %	8,7 %
Oktober 2021	12,7 %	14,1 %	12,5 %	19,1 %	8,2 %
September 2021	12,3 %	11,9 %	11,0 %	21,0 %	8,8 %

\* Zusammenfassung der von den November- und Dezemberschließungen betroffenen Wirtschaftszweige

Abbildung I-3: Die Ausfallwahrscheinlichkeit ist bei Krisenbranchen unverändert hoch



Schwerpunkt 4

## Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik

### Wirtschaftspolitischer Index

Die Zufriedenheit von Unternehmen mit der Wirtschaftspolitik bleibt im November beinahe unverändert auf einem niedrigen Niveau von 4,09 Punkten (auf der 10-Punkte-Skala). Darin schlägt sich nieder, dass die wirtschaftspolitischen Vorhaben der neuen Ampelkoalition im November noch Teil der Koalitionsverhandlungen waren. Der vergangene GBP-Monitor hat gezeigt, was die Unternehmen von der neuen Bundesregierung fordern: Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel und für eine erfolgreiche Digitalisierung halten sie im Durchschnitt für wichtiger als Steuersenkungen.

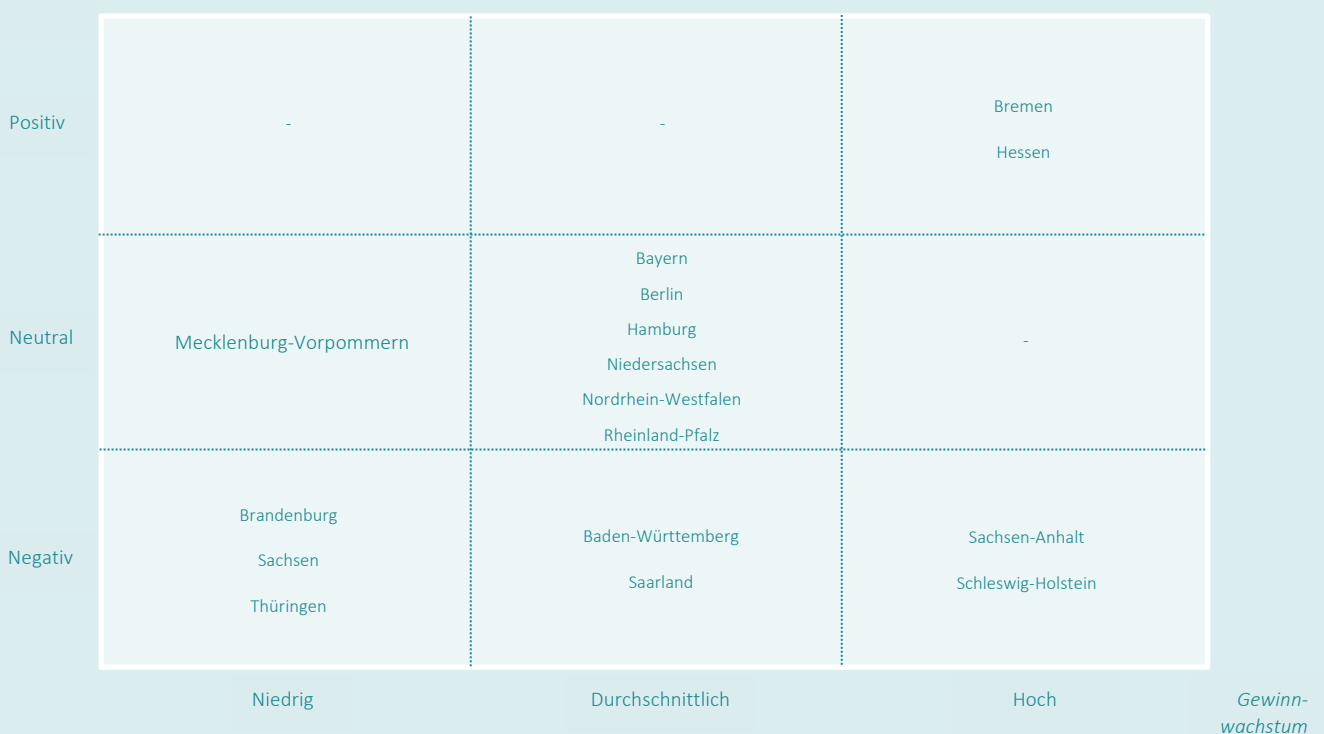
Abbildung I-4 stellt das Verhältnis der wirtschaftlichen Zufriedenheit und des Gewinnwachstums auf Bundesländerebene dar. Den Vergleichsmaßstab der wirtschaftspolitischen Stimmung und der Unternehmensprofitabilität bildet dabei der jeweilige Bundesdurchschnitt im Zeitraum von Juli bis November 2021.

Tabelle I-4: Die wirtschaftspolitische Zufriedenheit sinkt im November leicht

Zufriedenheitsindex (0-10)	September 2021	Oktober 2021	November 2021
Sample-Durchschnitt	4,09	4,13	4,09
Kleine Unternehmen	4,07	4,11	4,09
Mittlere und große Unternehmen	4,83	4,65	4,39

Abbildung I-4: Die regionale Aufgliederung zeigt den Zusammenhang zwischen Gewinnveränderungen und der wirtschaftspolitischen Stimmung

Wirtschaftspolitische Stimmung



## TEIL II

# Die unternehmerische Lage angesichts der vierten Corona-Welle und des Regierungswechsels

Jeden Monat berichten wir in diesem Abschnitt über Auswertungen der Daten des GBP zu besonders aktuellen Fragen. In diesem Monat beleuchten wir dazu zwei Themen:

1. Inmitten der vierten Corona-Welle haben wir die Unternehmen gefragt, **wie zufrieden sie mit der aktuellen Corona-Politik sind und wodurch sie angesichts intensiver Maßnahmen gegen die Pandemie momentan besonders belastet werden.**
2. Nach Abschluss der Koalitionsgespräche plant die neue Bundesregierung aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP massive Investitionen unter anderem in Klimaschutz und Digitalisierung. Im November haben wir die Unternehmer deshalb **gefragt, auf welche staatliche Begünstigung sie am ehesten verzichten könnten, um einen Beitrag zur Finanzierung dieser Investitionen zu leisten.**



Die Ergebnisse in Teil II dieses Berichts basieren unter anderem auf der GBP-Sonderbefragung aus dem Zeitraum vom 8. November bis 5. Dezember 2021. Die Daten sind anhand der Gesamtheit aller in Deutschland tätigen Unternehmen hinsichtlich Industriezugehörigkeit und Mitarbeiteranzahl gewichtet, sodass sie der Verteilung der Unternehmen aus dem Unternehmensregister des Statistischen Bundesamts entsprechen.

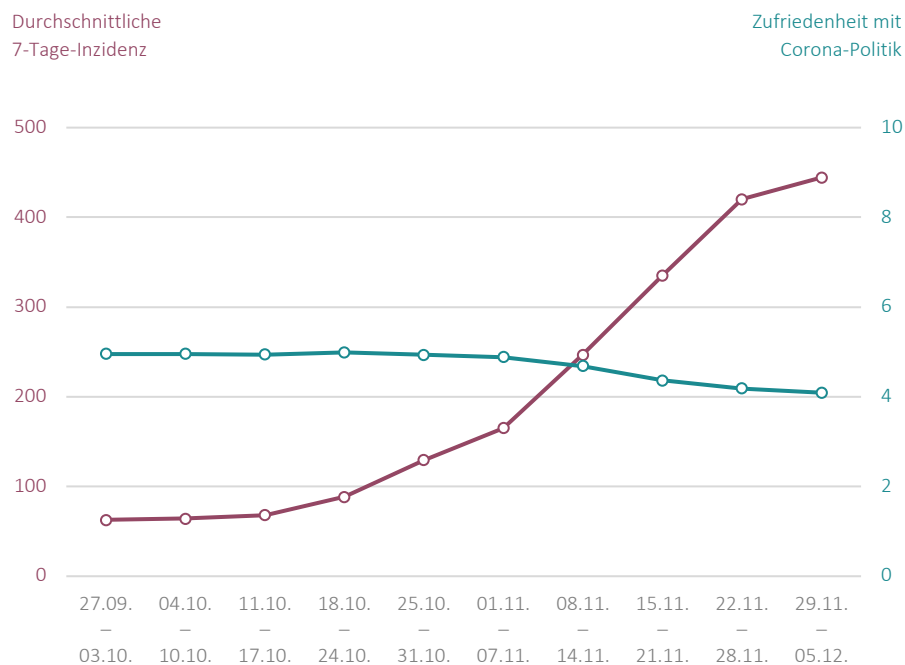


**1. Die Zufriedenheit mit der Corona-Politik ist seit Anfang November erheblich gesunken**

Während sich die unternehmerische Zufriedenheit in Bezug auf die allgemeine Wirtschaftspolitik seit August 2021 stabil auf einem niedrigen Wert von 4 auf der 10-Punkte-Skala hält (siehe Tabelle I-4), war die Zufriedenheit mit der Corona-Politik in Deutschland bis in den späten Herbst erheblich größer. Mit einem Höchstwert von 4,99 Punkten in KW 42 (18.10. – 24.10.) lag sie fast einen ganzen Punkt über der Zufriedenheit der Unternehmen mit der Wirtschaftspolitik.

Im Zuge des drastischen Anstiegs der Corona-Fallzahlen und dem akuten Ausbruch der 4. Infektionswelle ist seit Anfang November allerdings ein kontinuierlicher und deutlicher Rückgang der Zufriedenheit mit der Corona-Politik zu beobachten: Diese liegt Anfang Dezember durchschnittlich nur noch bei 4,09 Punkten.

**Abbildung II-1: Die Zufriedenheit mit der Corona-Politik im Zeitverlauf**

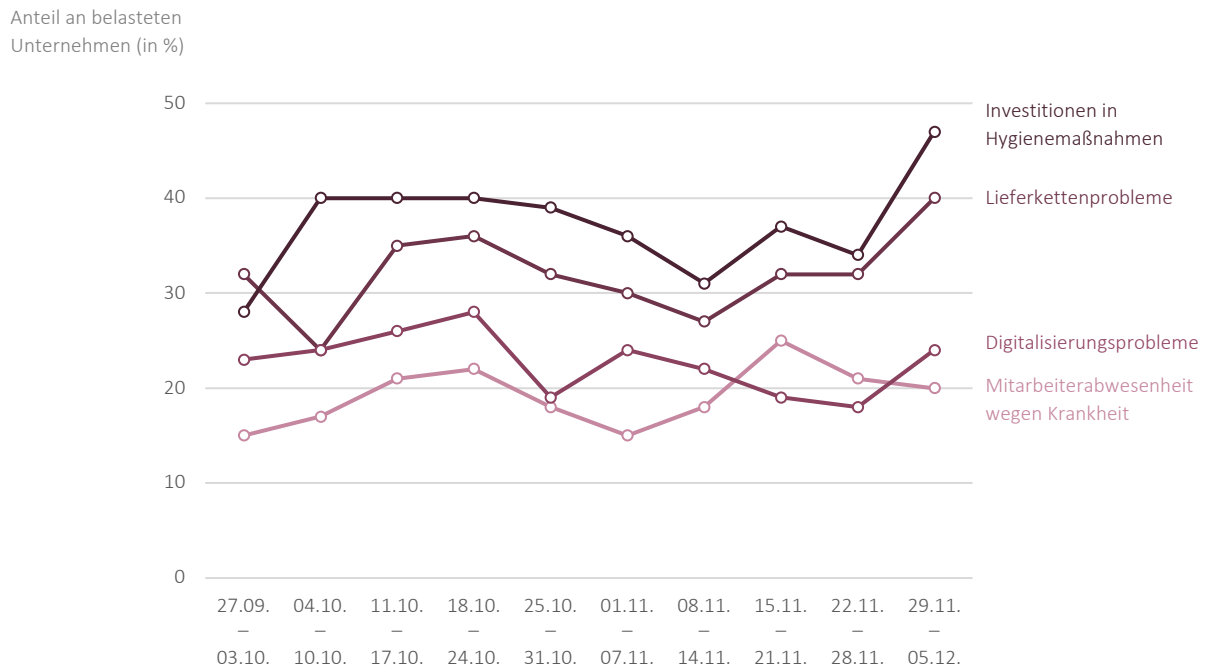


**2. Immer mehr Unternehmen beklagen Belastungen durch Lieferkettenprobleme und vorgeschriebene Investitionen in Hygienemaßnahmen**

Als Reaktion auf die 4. Corona-Welle hat die Bundesregierung zuletzt Gegenmaßnahmen eingeleitet, die sich auch stark auf die betrieblichen Prozesse auswirken. Im Rahmen des Infektionsschutzgesetzes ist am 24. November unter anderem die 3G-Regel am Arbeitsplatz eingeführt worden. Seitdem ist Mitarbeitern der Zugang zur Arbeitsstätte nur erlaubt, wenn sie gegen das Coronavirus geimpft sind, genesen oder negativ getestet sind.

Wir untersuchen nun, inwiefern Unternehmen finanzielle Mehrbelastungen im Zuge des sich verschärfenden Pandemiegeschehens und der eingeleiteten Gegenmaßnahmen tragen. Abbildung II-2 zeigt den Anteil an Unternehmen, die durch den krankheitsbedingten Ausfall von Mitarbeitern, Lieferkettenprobleme, Investitionen in Hygienemaßnahmen und Digitalisierungsprobleme zusätzliche finanzielle Lasten tragen.

**Abbildung II-2: Finanzielle Belastungen durch die Corona-Pandemie im Zeitverlauf**



Die Analyse zeigt Folgendes: Der Anteil der Unternehmen, der von finanziellen Belastungen durch Lieferkettenprobleme und notwendige Investitionen in Hygienemaßnahmen berichtet, steigt Ende November signifikant (jeweils ca. +10 Prozentpunkte). Die Vorschriften bezüglich der zu beachtenden Hygienebestimmungen sowie anhaltende nationale und internationale Lieferengpässe scheinen also für eine immer größere Anzahl an Unternehmen zur Belastung zu werden. Ein solcher Anstieg ist für Digitalisierungsprobleme und finanzielle Belastungen durch am Coronavirus erkrankte Mitarbeiter hingegen nicht zu verzeichnen.

**3. Zur Finanzierung von Investitionen in den Klimaschutz oder die Digitalisierung würden Unternehmen am ehesten auf Begünstigungen im Bereich der Verkehrsmobilität verzichten**

Der GBP-Monitor des vergangenen Monats hat gezeigt, dass Unternehmen der Bekämpfung des Arbeitskräftemangels und einer Digitalisierungsoffensive im Mittel höhere wirtschaftspolitische Priorität einräumen als einer Reduzierung ihrer Steuerbelastung. Zusätzlich bekräftigen die Befragungsergebnisse des vergangenen Monats die Notwendigkeit zur Ausweitung des Klimaschutzes: Beinahe 20 % der Unternehmer gaben den Klimaschutz als drängendstes wirtschaftspolitisches Thema an.

Im Rahmen ihrer Koalitionsgespräche hat die zukünftige Bundesregierung aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP nun signifikante Investitionen in den Klimaschutz und die Digitalisierung angekündigt. Wir haben Unternehmer im November gefragt: Auf welche staatlichen Begünstigungen könnten Sie am ehesten verzichten, um einen Beitrag zur Finanzierung dieser – offenbar gewünschten – staatlichen Investitionen zu leisten? Dabei konnten die Befragten aus einer Liste verschiedener, aktuell existierender betrieblicher Vorteile auswählen. Wie häufig die einzelnen Begünstigungen aus Unternehmenssicht auf Rang 1 (= am ehesten verzichtbar), 2 und 3 genannt wurden, ist in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

**Tabelle II-1: Wie häufig wird eine Begünstigung unter den Top-3-Privilegien genannt, auf die verzichtet werden könnte?**

Begünstigung	Top-1	Top-2		Top-3	
		relativ	kumuliert	relativ	kumuliert
Reduzierte Besteuerung von Dieselmotoren	19,2 %	29,0 %	48,2 %	14,7 %	62,9 %
Begrenzung der EEG-Umlage	15,9 %	15,6 %	31,5 %	12,4 %	43,9 %
Begünstigung von Firmenfahrzeugen	15,5 %	10,0 %	25,5 %	12,5 %	38,0 %
Steuerzuschüsse zur Sozialversicherung	15,0 %	6,7 %	21,7 %	11,5 %	33,2 %
Freibetrag für Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an KGs	11,9 %	15,1 %	27 %	21,8 %	48,8 %
Freibetrag für Betriebsveräußerungsgewinne	11,5 %	10,2 %	21,7 %	16,5 %	38,2 %
Begünstigung für Betriebsvermögen bei Erbschaftsteuer	11,0 %	13,5 %	6,7 %	10,7 %	35,2 %

Zwei Drittel der befragten Unternehmen zählen die reduzierte Besteuerung von Dieselmotoren zu den drei Begünstigungen, auf die sie am ehesten verzichten würden. Jedes fünfte Unternehmen benennt die vorteilhafte steuerliche Behandlung von Dieselmotoren sogar als erste Wahl bei den abzuschaffenden Begünstigungen. Damit wird dieser steuerliche Vorteil deutlich öfter genannt als alle anderen Begünstigungen in der Liste. Dies ist insofern interessant, weil eine Abschaffung einer reduzierten Besteuerung von Dieselmotoren zwar einzelne Branchen besonders hart trafe, es aber angenommen werden kann, dass Unternehmen aller Branchen hiervon betroffen wären (beispielsweise in Form von höheren Versandkosten). Insbesondere werden solche Begünstigungen seltener genannt, die im Zuge von Anteilseignerwechseln und damit nicht laufend, sondern in der Regel unregelmäßig fällig werden.

Die Unternehmen scheinen also nicht bloß diejenige Begünstigung zu wählen, die sie selbst am seltensten trafe. Aber wonach werden die abzuschaffenden Begünstigungen selektiert? In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass mit der Begünstigung von Firmenfahrzeugen (Dienstwagen) ein weiterer Vorteil aus dem Bereich der Verkehrsmobilität recht häufig als abzuschaffende Begünstigung genannt wird. Fast 40 % der befragten Unternehmen zählen diese Begünstigung zu den drei Vorteilen, die sie am ehesten abschaffen würden, und ca. 15 % der Unternehmen benennen die Dienstwagenbegünstigung sogar auf Rang 1. Im Vergleich zu den anderen zur Auswahl stehenden Vorteilen, etwa Regelungen bei der Erbschaftsteuer oder Betriebsveräußerungen, könnten die beiden Begünstigungen aus dem Bereich der Verkehrsmobilität einen beachtlichen Beitrag zur Einsparung von CO<sub>2</sub> leisten. Die Bereitschaft, genau diese Vorteile abzuschaffen, könnte die Interpretation nahelegen, dass die befragten Unternehmen durchaus Motive der Klimaverbesserung bei ihrer Auswahl verfolgen – immerhin gaben 20 % der Unternehmen den Klimaschutz als drängendstes wirtschaftspolitisches Thema an.

Zu den seltensten genannten Begünstigungen zählen solche, von denen Firmen im Rahmen von Anteilseignerwechseln profitieren: Freibeträge bei Veräußerungen und die erbschaftsteuerliche Privilegierung von Betriebsvermögen. Solche steuerlichen Vorteile sind also für die Unternehmen von hoher Wichtigkeit und es besteht, im Vergleich zu anderen Begünstigungen, lediglich eine geringe Bereitschaft, diese abzuschaffen.

Die Ergebnisse in diesem Dokument basieren auf den Auswertungen der Corona-Befragung des German Business Panel. Sie werden fortlaufend erweitert und aktualisiert. Weitere Informationen: [www.gbpanel.org](http://www.gbpanel.org)

Die methodischen und inhaltlichen Grundlagen der Studie finden Sie in unserem Working Paper:  
*The German Business Panel: Insights on corporate taxation and accounting during the COVID-19 pandemic*  
<https://dx.doi.org/10.2139/ssrn.3777306>

## Autoren

**Projektleitung:** Jannis Bischof, Philipp Dörrenberg, Davud Rostam-Afschar, Dirk Simons & Johannes Voget  
**unter Mitarbeit von:** Fabian Eble, Johannes Gaul, Vincent Giese, Christopher Karlsson, Yuhan Liu & Thomas Simon

Universität Mannheim

## German Business Panel

Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“.

Wir erheben systematisch und repräsentativ, wie Unternehmen unterschiedlicher Größenordnung Fragen der Unternehmenstransparenz einschätzen. Erhoben wird auch, wie sich die zunehmende Bereitstellung von Informationen sowie die zunehmende Regulierung in den Bereichen Rechnungswesen und Besteuerung auf Entscheidungen in Unternehmen und die Öffentlichkeit auswirken. Als umfassendes, langfristig angelegtes Befragungspanel liefern wir Daten in einer bisher nicht dagewesenen Qualität für die Forschung zu Unternehmenstransparenz und tragen dazu bei, Regulierung und Wirtschaft zu verbessern. Das German Business Panel ist Teil des Sonderforschungsbereichs „TRR 266 Accounting for Transparency“.

### Leitung des German Business Panel:

#### Principal Investigators

*wissenschaftliche Projektleitung:*



Prof. Dr. Jannis Bischof  
Universität Mannheim  
[jbischof@uni-mannheim.de](mailto:jbischof@uni-mannheim.de)



Prof. Dr. Dirk Simons  
Universität Mannheim  
[simons@uni-mannheim.de](mailto:simons@uni-mannheim.de)



Prof. Dr. Johannes Voget  
Universität Mannheim  
[voget@uni-mannheim.de](mailto:voget@uni-mannheim.de)

#### Research Fellow

*wissenschaftliche Begleitung:*



Prof. Dr. Philipp Dörrenberg  
Universität Mannheim  
[doerrenberg@uni-mannheim.de](mailto:doerrenberg@uni-mannheim.de)

#### Scientific Project Manager

*wissenschaftliches Konzept- und  
Projektmanagement:*



Dr. Davud Rostam-Afschar  
Universität Mannheim  
[rostam-afschar@uni-mannheim.de](mailto:rostam-afschar@uni-mannheim.de)

[www.gbpanel.org](http://www.gbpanel.org) | [gbpinfo@mail.uni-mannheim.de](mailto:gbpinfo@mail.uni-mannheim.de)

## TRR 266 Accounting for Transparency



Der TRR 266 Accounting for Transparency ist ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderter überregionaler Sonderforschungsbereich.

Unser Team von engagierten Forschenden untersucht, wie Rechnungswesen und Besteuerung die Transparenz von Unternehmen beeinflussen und wie sich Regulierungen und Unternehmenstransparenz auf Wirtschaft und Gesellschaft auswirken. Ziel ist es, eine wirksame Regulierung für Unternehmenstransparenz und ein transparentes Steuersystem zu entwickeln. In unserer eigenen Forschung gewährleisten wir die Transparenz ebenfalls.

Am TRR 266 sind mehr als 80 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beteiligt von den Hauptstandorten: Universität Paderborn (Sprecherhochschule), Humboldt-Universität zu Berlin und Universität Mannheim, zudem Forscherinnen und Forscher von der Ludwig-Maximilians-Universität München sowie der ESMT Berlin, der Frankfurt School of Finance & Management, der Goethe-Universität Frankfurt am Main, der WHU- Otto Beisheim School of Management und der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

[www.accounting-for-transparency.de](http://www.accounting-for-transparency.de) | [trr266@mail.uni-paderborn.de](mailto:trr266@mail.uni-paderborn.de)

Das **German Business Panel** ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“



SFB/Transregio 266

**ACCOUNTING FOR  
TRANSPARENCY**

**DFG** Deutsche  
Forschungsgemeinschaft

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) – Collaborative Research Center (SFB/TRR) Project-ID 403041268 – TRR 266 Accounting for Transparency